



CDU-Fraktion im Rat
der Stadt Wuppertal



SPD-Fraktion im
Rat der Stadt Wuppertal

*Herr Stv. Karl-Friedrich Kühme
Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses*

Gemeinsamer Antrag

Datum 29.02.2008

Drucks. Nr. VO/0208/08
öffentlich

Zur Sitzung am
29.04.2008

Gremium
Jugendhilfeausschuss

Alkoholkonsum: Schaffung eines flächendeckenden Präventionsangebotes für Kinder und Jugendliche **Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 29.02.2008**

Beschlussvorschlag

Sehr geehrter Herr Kühme,

die Fraktionen von CDU und SPD beantragen, der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

1. Der Jugendhilfeausschuss begrüßt und unterstützt die Beschlüsse des Wuppertaler Jugendparlaments vom 14.06.2007: „Schaffung eines flächendeckenden Präventionsangebotes für Kinder und Jugendliche“ sowie „Intensivierung der Maßnahmen zur Reduzierung der Verfügbarkeit von Alkohol“.
2. Der Jugendhilfeausschuss fordert die Fachstellen der Stadtverwaltung vor dem Hintergrund dieser Beschlüsse auf, gemeinsam mit in den Bereichen Sucht und Prävention tätigen Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Selbsthilfeorganisationen und anderen Institutionen sowie dem Jugendschutz ein Handlungskonzept für Wuppertal unter dem Arbeitstitel „Gegen Alkoholmissbrauch von Kindern und Jugendlichen“ zu entwickeln.

Schwerpunkt des Konzeptes sollen verstärkte Anstrengungen im Präventionsbereich aller in diesem Bereich Tätigen sein. Kinder und Jugendliche sollen sich mit dem Thema auseinandersetzen. Sie sollen für sich zu bewusstem und verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol kommen, aber auch ihre Verantwortung für andere erkennen, wenn sie zum Beispiel als junge Erwachsene den Alkohol für Jüngere besorgen.

Die Stadtverwaltung prüft, ob die Forderung der Bezirksjugendräte,

Präventionsangebote zum verpflichtenden Bestandteil des Schulunterrichtes und der Angebote in Kindergärten zu machen, umgesetzt werden kann.
Geprüft wird ebenfalls, ob die Forderung nach einer gesetzlichen Regelung, die die Finanzierung für diese Präventionsangebote sichert, realisiert werden kann.

3. Eingebunden werden in die Erarbeitung und Umsetzung Jugendeinrichtungen, Schulen und Sportvereine, da sie zum einen Zugang zu Kindern und Jugendlichen haben, zum anderen aber auch bereits Präventionsangebote machen bzw. wahrnehmen. Hier kann unter Umständen eine verbesserte Vernetzung ermöglicht werden.
4. Wenn auch der Schwerpunkt auf einer Ausweitung der Präventionsmaßnahmen liegt, sollte doch geprüft werden, inwieweit eine verstärkte Sensibilisierung von Gaststättenbesitzern und Verkaufspersonal in Kiosken und Ladengeschäften für das Thema erreicht werden kann. Dabei sollte durchaus auch auf die möglichen Sanktionen hingewiesen werden, die in Fällen, in denen die Vorgaben des Jugendschutzes nicht beachtet werden, verhängt werden können.

Geprüft werden in diesem Zusammenhang die Realisierbarkeit der Forderung des Jugendparlaments nach härteren Strafen für den Verkauf von Alkohol an minderjährige Jugendliche, die Möglichkeit eines Verbots von Flatrateparties sowie die Einführung eines Gütesiegels für Alkohol verkaufende Geschäfte, die das Jugendschutzgesetz beachten.

5. Das Handlungskonzept soll konkrete Angaben zur Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen und Aktivitäten enthalten und eine langfristige Perspektive für die Präventionsarbeit bieten.
6. Neben Aktionstagen, Einzelveranstaltungen und einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit sollte es auch gelingen, eine Informationsbasis im Internet zu erstellen, durch die Kinder, Jugendliche, Eltern, Lehrer(innen), Erzieher(innen) und andere Interessierte schnell Zugang zu Ansprechpartnern und Informationsmaterial erhalten.

Begründung

In der Sitzung des Jugendparlaments am 14. 06.2007 haben die Wuppertaler Bezirksjugendräte das Thema „Alkohol - eine Herausforderung für Gesellschaft und Politik“ diskutiert. Im Vorfeld der Sitzung hatten sich die Bezirksjugendräte mit dem Thema unter fachlicher Begleitung durch die Fachstelle für Suchtvorbeugung auseinandergesetzt. Das Jugendparlament fasste zwei Beschlüsse zu den Themenbereichen „Schaffung eines flächendeckenden Präventionsangebotes für Kinder und Jugendliche“ sowie „Intensivierung der Maßnahmen zur Reduzierung der Verfügbarkeit von Alkohol“.

In der Vorlage VO/1029/07/A-01 „Drogenkonsumverhalten in Wuppertal“, die dem Jugendhilfeausschuss und dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Familie im Februar 2008 vorgelegt wurden, wird festgestellt:

*„Nachweislich ist der Konsum von Alkohol bis 2005 rückläufig gewesen und steigt seit 2006 wieder an und erreicht im Jahre 2007 einen Höchststand.
Eine Repräsentativerhebung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung stellt 2007 eine Steigerung des Konsumverhaltens mit Alkohol bei den 12 bis 17-jährigen Jugendlichen auf insgesamt 22 % fest.*

In Wuppertal sind 2007 22.276 Jugendliche gemeldet. Eine Steigerung der Alkoholkonsumenten auf 22 % bedeutet ein Anstieg der Alkoholkonsumenten auf 4.901 Personen gegenüber 3.870 Jugendliche im Jahre 2006.“

In Wuppertal gibt es ein funktionierendes Suchtpräventionssystem, durch das zahlreiche Veranstaltungen, Schulungen und Angebote gemacht werden. Diese Präventionsangebote wirken sich auch positiv aus: „Der erhöhte Zulauf zu den Angeboten der Sucht- und Drogenberatungsstellen zeigt, dass die Präventionsangebote vor allem in Schulen greifen und sich positiv auswirken. Der auch landesweit zu verzeichnende sinkende Cannabiskonsum kann als ein Indikator angesehen werden.“

Wie deutlich wird, steigt der Alkoholkonsum, während der Cannabiskonsum sinkt. Angesichts dieser Entwicklung erscheint es notwendig, verstärkte Anstrengungen zur Prävention im Bereich „Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen“ zu unternehmen. Die Erfahrungen zeigen, dass vor dem Hintergrund der Akzeptanz, den das Trinken in der Gesellschaft genießt, ordnungspolitische Maßnahmen allein oder Appelle zur Abstinenz, zum grundsätzlichen und totalen Verzicht kaum auf offene Ohren stoßen, daher müssen hier jugendspezifische Angebote gemacht werden.

Mit freundlichen Grüßen
gez.
Bernhard Simon
Vorsitzender
der CDU-Ratsfraktion

Andreas Mucke
Stellvertretender Vorsitzender
der SPD-Ratsfraktion